

Volksrecht

für Schlefien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Expedition der „Volksrecht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen: Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Goldpfennig, monatlich 7 Goldpfennige, durch die Post 10 Goldpfennige, vierteljährlich 26 Goldpfennige.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft für Schlesien
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Verlags- und Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion: Ring 2142
Postfach-Nr. 100, Postamt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Für 1000 Leser für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., sonstigen 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen 5 Pf., das freie Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Schuld am Zusammenbruch von 1918.

Das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung.

Am 17. Juli d. J. wurde im Plenum des Reichstages über den Bericht des 4. Untersuchungsausschusses verhandelt. Der Antrag ging dahin, die Veröffentlichungen des 4. Untersuchungsausschusses über die Frage des deutschen militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 zur Kenntnis zu nehmen.

In dem Bericht, den der Vorsitzende des 4. Untersuchungsausschusses, Dr. Philipp, gab, wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Untersuchungsausschuss Beweise zwischen krimineller und moralischer oder historischer Schuld unterschied. Kriminelle Schuld würde er als vorliegend erachten haben, wenn von der leitenden Staatsmänner oder Heerführer ungewöhnlich schweres Verbrechen hätte nachgewiesen werden können. Es war eine einmütige Ueberszeugung des Untersuchungsausschusses, daß die Schuld im kriminellen Sinne, soweit die Feststellungen sich betreffen, in keinem Falle die Rede sein konnte. In der Frage der moralischen oder historischen Schuld ließ sich der Gegenstand der Untersuchung nicht überbrücken. Die Mehrheit im 4. Untersuchungsausschuss keine Feststellungen getroffen habe, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen. Dem Standpunkt der Mehrheit gegenüber hat die Minderheit, bestehend aus den Vertretern der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei, geglaubt, die Heerführer Hindenburg und Ludendorff mit moralischer und historischer Schuld belasten zu müssen. Die Sozialdemokratie hat die Untersuchungsausschuss ihre Stellung in folgender Erklärung zusammengefaßt:

I.

Die Untersuchungen des 4. Untersuchungsausschusses betreffen die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Sie haben ergeben, daß das ungeheure Verbrechen der Annexionen, das die feindseligen Unternehmungen der Industrie und der Landwirtschaft (Zentralverband der Industriellen, Bund der Industriellen, Mittelstandsvorbund, Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christliche Bauernvereine) im Jahre 1915 der Reichsregierung unterbreitete, auch im Jahre 1918 noch das politische Denken der D. S. L. beherrschte. Belgien in militärische und politische Abhängigkeit von Deutschland zu bringen, war noch immer das Kriegsziel der deutschen Heerführer. Auch die Absicht, das an Belgien angrenzende Küstengebiet bis etwa zur Somme mit Hinterland und Ergebnisse von Krieg zu annektieren, war von der Mehrheit der leitenden Generale noch nicht aufgegeben worden.

Nach unheilvoller für das deutsche Volk als die westlichen Annaplanen war der Frieden, der im Osten unter hartem Druck der D. S. L. der russischen Sowjetrepublik brutal aufzuzwingen worden war. Polen, Litauen, Letland und Kurland waren von Rußland losgerissen worden, um sie mit militärischer Gewalt unter deutsche Oberhoheit zu bringen, wobei neben dem imperialistischen Ziel, Deutschlands Hegemonie über Osteuropa zu errichten, auch dynastische Absichten eine große Rolle spielten. Bedauerlich verhängnisvoll, sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht, war der Umstand, daß nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk kein wirklicher Friedenszustand im Osten eintrat, sondern Rußland im Norden bis zur Duna, im Süden bis zu den östlichen Grenzen der Ukraine von deutschen Truppen besetzt blieb.

II.

Die Untersuchung hat festgestellt, daß nach der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die die Bevölkerung der Städte und industriellen Ortschaften zu einer fürchterlichen Unterernährung zwang, sowie angesichts der durch das Hungerleid von Frauen und Kindern stark erschütterten Kampfkraft der Truppen der letzte große Schlag nur gewagt werden durfte, wenn freies Vordringen nach Osten, d. h. auf Grund eines Friedensvertrages mit Rußland, der nur geringfügige Grenzkorrekturen nach und im übrigen den besetzten Gebieten Rußlands ihre volle Freiheit wiederergab. Eine weitere politische Voraussetzung für den Erfolg der Offensive im Sinne der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mit den Westmächten war die Preisgabe der Annaplanen im Westen, insbesondere der offene Bereich Deutschlands auf Belgien. Selbst bei einem Willigen der Westmächte unter diesen beiden politischen Voraussetzungen, Verhandlungsfrieden im Osten und Freigabe Belgiens) noch ein ernstlicher Frieden möglich gewesen, weil es dann den feindlichen Regierungen sehr schwer gewesen wäre, mit ihren kriegsreifen Truppen, die nach dem Zeugnis französischer Militärs nur im „Schatten der Tanks“ zum Angriff vorwärtszubringen waren, den Kampf länger fortzuführen.

III.

Die Untersuchungen des Untersuchungsausschusses haben ferner den Beweis erbracht, daß die Haupthindernisse für die Ermöglichung jener beiden politischen Voraussetzungen General Ludendorff und General Hindenburg waren. Beide erstrebten, wenn des oben erwähnten Annaplanenprogramms der großen Annaplanen, eine wirtschaftliche Angliederung an Deutschland, wozu sie eine mehrjährige Besetzung der östlichen Gebiete nach dem Friedensschluß als unumgänglich sahen. General Hindenburg sah außerdem in der dauernden militärischen Besetzung Lüttich eine notwendige Voraussetzung, um hartnäckig die beiden Heerführer an ihren Posten festhalten, zeigen die Beschlüsse des Generals

Hoffmann, wonach Ludendorff vom Kaiser seine (Hoffmanns) Entlassung gefordert habe, weil er sich für einen Verständigungsfrieden mit Rußland und für die Freigabe Belgiens als den einzigen Weg zur Rettung Deutschlands eingesetzt hatte.

IV.

Was die militärische Vorbereitung der Offensive anbelangt, so macht sich der Untersuchungsausschuss hier das Urteil derjenigen militärischen Sachverständigen zu eigen, die sowohl in der Tagespresse als auch in Büchern und Broschüren die Ansicht vertreten haben, daß der mangelnde Abbau der Ostfront, der Verzicht auf die angebotene Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen, die Unterlassung der Herstellung harter Stellungen für den Fall eines Mißerfolges der Offensive und der Verzicht auf den Bau von Panzern für den Angriff wie für die Abwehr 1918 schwere Verfehlungen des General-Feldmarschalls v. Hindenburg und seines General-Quartiermeisters darstellten, denen es zuzuschreiben ist, daß der Mißerfolg der Offensive sich zu einer Katastrophe des deutschen Heeres auswuchs.

Der frühere Kriegshistoriker Professor Hans Delbrück schreibt im „Berliner Tageblatt“ zu dem Ergebnis der Untersuchung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs 1918 folgendes:

Ludendorffs Festhalten an einer Durchbruch der französischen Front an einer Stelle aus, die zwar schwach war, aber für die übrigen Absichten des Planes absolut nutzlos war. Daran trug der militärische Vorstoß Ludendorffs zusammen. Der Geschlagene verheimlichte vor dem Kaiser, dem Kanzler, dem zuständigen Amt für die Erfolglosigkeit seiner Absichten, um dann plötzlich in das Gegenteil umzuschlagen und einen Waffenstillstand über Nacht zu fordern.

Die deutsch-oberschlesische Industrie

bemüht sich durch eine großzügige Pressepropaganda ihrer führenden Unternehmer um eine besondere Kreditbifazaktion des Reiches. Wir haben an dieser Stelle die besonderen Mitle der westoberschlesischen Industrie wiederholt dargestellt und ein Entgegenkommen durch umfassendere Sondertarife der Reichsbahn, Ausbau der Oberwasserstraße und Erleichterung des Verkehrsverkehrs zwischen Ost- und Westoberschlesien anlässlich der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen empfohlen. Einen Teil ihrer gegenwärtigen Notlage verschuldet unserer Meinung nach allerdings die westoberschlesische Schwerindustrie selbst, da ihre Stellungnahme zu handelspolitischen Fragen stets von kurzichtigsten Augenblicksinteressen diktiert war. Im Kriege haben die oberschlesischen Industrieführer sorglos die Regelung der Zukunft von der Annektion polnischer Gebiete erhofft. Die damalige Denkschrift des Berg- und Hüttenmännlichen Vereins hat ja später der polnischen Propaganda Beweismittel für den angeblich notwendigen Zusammenhang Obererschlesiens mit Polen geliefert! Ebenso haben sie in jüngster Zeit die industrielle Niederkonjunkturierung der oberschlesischen Industrie durch deutsche Grenzsperrung ohne Rücksicht auf das dort so gefährdete Deutschland empfohlen. Zur Erreichung einer eigenen Monopolstellung war ihnen die Schädigung aller anderen schlesischen Erwerbszweige durch den dadurch verlängerten und verschärften Zollkrieg mit Polen gut genug. Jede Erschütterung der inneren Kaufkraft wirkt aber schließlich auch auf den Absatz der Montanindustrie zurück. Daher jetzt die neuen Klagen und Hilfsersuchen an die öffentlichen Kassen.

Unseres Erachtens kann die Gewährung solcher Wünsche nur erfolgen, wenn gleichzeitig soziale Garantien gegeben werden, daß solche Kredite auch der oberschlesischen Arbeiterschaft zugute kommen. Technische Bedingungen sind für polnische Staatskredite in Obererschlesien gestellt und angenommen worden. Außerdem müßte die Sonderpolitik der Grubenherren gegen die für die übrige schlesische Wirtschaft so dringend nötige handelspolitische Verständigung mit dem östlichen Nachbarland aufhören. Sonst könnten solche Kredite leicht zu einer öffentlichen Neuauflage des Skandals führen, den die Besetzung der Ruhrkönige durch öffentliche Mittel erregte.

Der Mietwucher der Rechtsparteien.

Von Dr. Paul Herk.

Von allen Beschlüssen des Steuerausschusses des Reichstages ist der über die Gestaltung der Hauszinssteuer der wichtigste und der für die Masse des Volkes verhängnisvollste. In aller Stille haben die Regierungsparteien unter sich, aber nach Verständigung mit den Hausagariern, eine Vorlage ausgearbeitet, die die gefährlichen Absichten der Reichsregierung über die Erhöhung der Miete und der Hauszinssteuer noch übertrifft. In wenigen Wochen wird infolge dieser Beschlüsse in ganz Deutschland mit einem einzigen Sprung die volle Friedensmiete erreicht sein. Dabei aber wird, dann die Miete nicht stehen bleiben. Sie wird unaufhaltbar höher steigen, bis in absehbarer Zeit sogar die freien Mieten erreicht sein werden. Gleichzeitig aber wird durch diese Mietpreissteigerung der Mieterdruck unterhöhlt und der Zustand vorbereitet, der dem Hausbesitzer wieder die volle Macht über die Mieten verschafft.

Es sind drei Wege, an deren Ende dieses verhängnisvolle Ziel steht:

Erstens wird die Hauszinssteuer für fiskalische Zwecke erhöht. Bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete müssen mindestens 20 und dürfen höchstens 30 Prozent der Friedensmiete für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden. Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf auch ein weiteres Fünftel der Miete dafür in Anspruch genommen werden.

Die Miete soll also künftig in noch höherem Maße als bisher zum Steuerobjekt gemacht werden, obwohl alle Mieterorganisationen sowie alle Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Unterschied der Richtung die stärksten Bedenken dagegen haben.

Eine weitere Erhöhung der Miete entsteht daraus, daß in den nächsten Jahren mindestens 15—20 Prozent der Friedensmiete für die Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu verwenden sind. Das entspricht zwar grundsätzlich den Forderungen der Mieterorganisationen und der Gewerkschaften. Aber während diese Organisationen verlangen, daß die Mieten nur zu Zwecken der Neubautätigkeit belastet werden, soll jetzt diese Wohnbauabgabe erhoben werden, trotzdem bereits eine noch höhere Steuer als bisher für fiskalische Zwecke auf die Miete gewälzt worden ist.

Eine weitere Erhöhung der Miete erfolgt zugunsten des Hausbesitzes. Sein Anteil an der Miete, der im Februar 1924 noch 14 bis 17 Prozent der Friedensmiete betrug, am 1. April 1924 auf 30 Prozent gestiegen war und gegenwärtig bei durchschnittlich 50 Prozent angelangt ist, soll weiter gesteigert werden und zwar ohne obere Begrenzung. Deshalb werden erstens die Länder veranlaßt, den Hausbesitzeranteil an der Miete weiter zu erhöhen, und zweitens wird durch die Festsetzung einer einseitigen Mindestmiete im Reiche die allgemeine Steigerung der Mieten herbeigeführt, die die Hausbesitzer bisher vergeblich erzielten. Also Kapitulation vor den Hausbesitzern im vollen Umfange. Man muß deshalb damit rechnen, daß sich in nächster Zeit die Miete folgendermaßen gestalten wird:

- 65—70 Prozent für den Hausbesitzer,
- 20—30 Prozent für den allgemeinen Finanzbedarf,
- 15—20 Prozent für Neubautätigkeit.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes über den Finanzausgleich wird die Miete also mindestens 100 Prozent der Friedensmiete und darüber betragen. Da sogar weitere Erhöhungen der Steuer für Finanzzwecke, sowie zugunsten der Hausbesitzer gestattet sind, so ist ein noch weiteres Steigen unaussprechlich. Den Hausbesitzern wird damit eine gewaltige Quelle unwerdiger Gewinne eröffnet. Bereits gegenwärtig hat der Hausbesitzer im Durchschnitt eine höhere Rente als im Frieden. Seine Aufwendungen betragen im Frieden ohne die Inflation im Durchschnitt höchstens 40 Prozent. Dieser Satz ist jetzt bereits überschritten, wird aber trotzdem weiter gesteigert werden. Die laufende Rente des Hausbesitzers wird also über den Friedensstand erhöht. Infolgedessen kann der Wert der Häuser und der Veräußerungsertrag der augenblicklichen Besitzer. Und wird der Wert

Die polnische Antwort auf die deutschen Vorschläge.

Der polnische Delegationsführer, Dr. Brondyński, ist am Montag nach Berlin zurückgekehrt. Man erwartet in deutschen Delegationskreisen, daß nunmehr die polnische Antwortnote auf die deutsche Kopie überreicht werden wird. Voraussetzungen sind darin die Verhandlungen mit dem 18. September wieder zu beginnen. Die „Kriegspropaganda“ bringt eine offenbar von Brondyński selbst inspirierte Erklärung, Brondyński werde in seiner Antwortnote an den polnischen Bedingungen einen Kohlenkontingent von 350 000 Tonnen enthalten, eine Garantie der Fleischzufuhr sowie der Ein- und Ausfuhr von lebenden Schweinen und Rindvieh; außerdem gewährte Polen die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zulassung von deutschen Handelsreisenden.

In Bezug auf die Einfuhr von lebenden Schweinen sollte nach dem deutschen Vorschlag beim Abschluß des Protokollums durch ein entsprechendes Abkommen weder ein kleines Einfuhrkontingent zugewiesen werden. Weitere Besprechungen über die Erteilung des Kohlenkontingents werden in Berlin nur dann möglich sein, wenn Polen außer der Meistbegünstigung deren Wert durch die sprunghafte Unbeständigkeit der polnischen Zollpolitik sehr verringert wird, sich zu anderen zeitigen Zugeständnissen bereit finden würde, sei es in Form der Aufhebung seiner neuerlichen Zollerhöhungen, sei es durch ein Entgegenkommen auf dem Gebiet der Liquidation und des Niederlassungsrechtes.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Czeglédy, bewahrt sich in den nächsten Tagen auf Urlaub.

Das polnische Siedelungs-gesetz angenommen.

Warschau, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Sejm hat am Montag das Siedelungsgesetz endgültig angenommen. Es bestimmt, in diesem Jahre ein Landesentwicklungsplan aufzustellen, in dem 200 000 Hektar Staatsländereien zur Partzellierung umfassen. Die Landbesitzer sind in der Hauptsache die nationalen Minderheiten sein, zumal sich aus der Debatte ausdrücklich ergab, daß der Partzellierungsplan dazu dienen soll, die Grenzgebiete zu partzellieren.

Mißerfolg der polnischen Amerika-Anleihe.

Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Neupost: Wie wir von antersichtlicher Seite erfahren, hat die polnische Anleihe in den Vereinigten Staaten einen großen Mißerfolg gehabt. Die Anleihe, die bekanntlich vom Bankhaus Dillon Reed & Co. nur kommissionenweise übernommen war, ist bisher nur zu 40 vom Hundert untergebracht worden. Die Zurückhaltung des amerikanischen Publikums erklärt sich aus dem tiefen Mißtrauen gegen die derzeitige Lage in Polen, die man durch den Wirtschaftskrieg mit Deutschland schwer in Mitleidenhaft gezogen ansieht.

Der neue Wahlerfolg der Linksparteien in Frankreich.

Die Ergebnisse der Generalwahlen liegen jetzt bis auf einige geringe Teile vorläufig vor. Das Sozialistische erhielt 560 Sitze statt bisher 485, der Bloc national 1 von 757 auf 686 gesunken.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Sozialdemokratie Danzigs hat sich für Eintritt in die Danziger Regierung entschlossen. Es ist dafür ein Mindestprogramm aufgestellt worden, das die übrigen Parteien, soweit sie für den Eintritt in die Regierung in Frage kommen, annehmen dürften.

Neue italienisch-jugoslawische Verträge. Am Montag vormittag wurden in Kettuno die italienisch-jugoslawischen Verträge unterzeichnet, durch die insbesondere Wirtschaftsverträge geregelt werden, die in den Verträgen von Rapallo und Santa Margherita nicht berücksichtigt worden waren. Die neuen Vereinbarungen betreffen vor allem das Privatigentum, den Verkehr in den Häfen Zara und Fiume mit internationaler gegenseitiger Garantie und den Gebrauch der italienischen bzw. jugoslawischen Sprache für die Diplanten in Dalmatien und Fiume.

Zusammenstoß mit Sanktenslern. Vorgestern kam es im Wiener Stadtpark zwischen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei und Angehörigen anderer politischer Richtungen zu Zusammenstößen, in deren Verlauf drei Personen erheblich, sechs leichter verletzt wurden. 15 Personen wurden festgenommen.

Der englische Flottenbauplan. Ueber die Durchführung des englischen Kreuzerbauplanes, die zu starken Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung geführt hat, soll insofern ein Kompromiß erzielt worden sein, als im laufenden Jahre statt 5 lediglich 3 bis 4 Kreuzer neu gebaut werden.

Aus aller Welt.

Eine Friedrich Ebert-Plakette. Modelliert von Professor Kolbe-Berlin, der auch die Totenmaske Eberts für den Reichstag bestimmte, wurde die Plakette hergestellt, hat auch die Preussische Bergwerks- und Hüttenverwaltung in ihrer Gedenkstätte herstellen lassen. Neben dieser Arbeit Kolbes gibt es bereits eine gute Plakette von Professor Eberz-Frankfurt und die billig vertriebsfähige, bedeutend kleine Büste von Professor Bednorz-Breslau.

Winde für das heiße Wetter. Man erhält ein Zimmer kühl, wenn man die Fenster schließt und die Jalousien herunterläßt, sobald die Sonnenstrahlen zu wirken anfangen. Nach 3 Uhr können dann die Fenster geöffnet werden. Alkohol soll man bei der Hitze möglichst wenig trinken. Das kühlendste Getränk ist helles Tee. Vieles Rauchen vergrößert den Durst, da der Mund dadurch trocken und die Kehle wund wird. Der Genuß von frischen Früchten und Salat ist am Mittag das beste Mittel, um sich vor Ermüdung am Nachmittag zu bewahren. Fleisch soll man bei Hitze möglichst wenig essen. Sodann soll man sich trotz der Hitze körperliche Bewegung machen, denn es mehr man sich bewegt, desto besser schläft man, und je besser man schläft, desto weniger wird einem die Hitze anhaften.

Ein Boot im Straßengraben. Geiern vormittag wurde ein mit vier Personen, darunter zwei Kindern, besetztes Boot auf der Höhe bei Markt (Quai) in einen Straßengraben gerissen und über ein hochgelegenes Wehr geschoben. Beim Hinabstürzen wurde das Boot zertrümmert und die Insassen ins Wasser geschleudert. Sie erlitten sämtlich schwere Verletzungen. Ob alle mit dem Leben davorkommen werden, soll noch dahinstehen.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahnwagen mit voller Besatzung. In der Nähe von Berlin, das gerade die Straße kreuzte, stießen zwei Eisenbahnwagen zusammen und die Insassen wurden heraus. Eine Frau wurde mit dem Kopf gegen einen Eisenbahnwagen geschleudert und trug eine Gehirnerschütterung davon, der

Der Steuerauschuß des Reichstags

lehnte am Montag die Beratung der Erbschaftsteuer fort. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem Zuwendungen an politische Vereine und Parteien zu politischen Zwecken steuerfrei bleiben sollen. Weiter sollen Beiträge an Personenvereinigungen, die nicht lediglich die Förderung ihrer Mitglieder zum Zwecke haben, steuerfrei bleiben, soweit die von einem Mitglied in einem Kalenderjahre geleisteten Beiträge 500 Mark nicht übersteigen. Weiter wurde beschlossen, die Erbschaftsteuer in Teilzahlungen zu erheben, wenn die jährliche Eingehung der Steuer für den Erwerb von inländischen landwirtschaftlichen usw. Grundstücken mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden ist. In Frage kommen hier Teilzahlungen, die sich nach der Vermögenslage des Steuerpflichtigen und nach dem Ertrag des Objekts richten. Damit war die Behandlung des Erbschaftsteuererlasses erledigt.

Bei der Erörterung des Reichsbewertungsgesetzes wurde der § 29 in eine Fassung gebracht, nach der das vorhandene Material sowie die noch nicht veräußerten Kunstwerke usw. der Künstler und Wissenschaftler nicht als Betriebsvermögen zu versteuern sind.

In der Nachmittags-Sitzung beantragte Genosse Meyer, in die Reichsabgabenordnung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Steuerlisten öffentlich zur Einsicht aufzulegen sind. Die Offenlegung der Steuerlisten soll nach Beendigung der Veranlagung an sieben aufeinanderfolgenden Tagen geschehen. Der Antrag wurde von den Kompromissparteien abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag des Genossen Meyer angenommen, in dem verlangt wird, daß dem Reichslag alljährlich eine Darstellung der im ganzen Reich vorgenommenen Buchprüfungen, getrennt nach den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken vorzulegen ist. Die Darstellung soll enthalten: 1. die Zahl der vorgenommenen Buchprüfungen, 2. die dabei erzielten Mehrbeträge, gegliedert nach den einzelnen Steuerarten, 3. die wegen festgestellten Steuerhinterziehungen notwendig gewordenen Strafen.

Der Lohnsteuerabzug ist nach mehreren Vorstößen unseres Genossen Dr. Herz durch einen Kompromissantrag der Regierungsparteien im Ausschuß etwas günstiger geregelt worden, als es der Bericht des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ darstellt, den wir gestern übernahmen. Der angenommene Antrag sieht vor, daß vom Arbeitslohn frei bleiben:

600 Mark jährlich als existenzfreier Betrag, 180 Mark zur Abgeltung der Sonderbelastung, 180 Mark für Werbungskosten, insgesamt also 960 Mark.

Außer diesen Beträgen sollen für die Ehefrau frei bleiben 90 Mark jährlich, für das erste Kind 120 Mark, für das zweite Kind 240 Mark, für das dritte Kind 360 Mark, für das vierte Kind 480 Mark, für das fünfte und jedes folgende Kind 600 Mark.

Die Steuerregelung tritt, wie die sozialdemokratischen Vertreter beantragt hatten, am 1. Oktober in Kraft.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning (Breslau), dem als Vertreter der christlichen Gewerkschaften dauernder Widerstand gegen die sozialdemokratischen Vorschläge zur Ermäßigung der Lohnsteuer politisch schwer möglich ist, hat sich für ein Zinskontingent erklärt, wonach das Gesamtentkommen aus der Lohnsteuer solange auf 1,2 Milliarden beschränkt werden soll, bis ein steuerfreies Existenzminimum von 100 Reichsmark monatlich (dies hatte Genosse Dr. Herz vorgeschlagen) erreicht ist. Ein solches Gesetz soll im Plenum eingebracht werden.

Schutz für schwangere Arbeiterinnen.

Sozialpolitische Ausführungen des Preussischen Handelsministers. Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Bedeutung des Schutzes der schwangere Arbeiterinnen in menschlicher und werberbaufichtlicher Hinsicht und insbesondere die Gewerbeinspektoren unter Bezugnahme auf entsprechende Bestimmungen der Gewerbeaufsichtsbeamten und insbesondere die Gewerbeinspektoren auf einige besonders wichtige Gesichtspunkte in Ausführungen aufmerksam, aus denen der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mittelt:

Schwangere Arbeiterinnen leiden mehr als andere Personen unter der Einwirkung von Hitze, Dämpfen und Gerüchen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten können ihnen wesentliche Erleichterungen schaffen, wenn sie für Unterbringung in einem für Schwangere geeigneten Arbeitsraum, der nicht die genannten Belastungen hat, sorgen. Da ferner Arbeiten, die im Stehen oder Laufen auszuführen sind, Schwangere besonders schwer fallen, unter Umständen auch zu erheblichen Schädigungen führen können, ist die Schaffung von Sitzelementen erforderlich. Falls die Arbeitgeber einem derartigen Hinweis nicht ohne weiteres Folge leisten, ist im Falle einer ungeduldeten Weigerung eine Anordnung auf Grund der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu treffen.

Die Besitzer oder Leiter großer Betriebe mit starker weiblicher Belegschaft, z. B. in der Textilindustrie, dürften sich auch weiteren Anordnungen nicht verschließen, deren Ausführung im Interesse des gesamten Betriebes liegt, wie z. B. dem Vor-

schlag auf Einstellung eines Fabrikarztes. Durch die Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für die schwangere Arbeiterinnen würde eine wirksame Schwangerschaftsüberwachung im Betriebe geschaffen. Damit die Schwangeren während der Pausen sowie bei aus der Schwangerschaft herrührenden Anfällen Gelegenheit zum bequemem Liegen haben, wäre die Herrichtung eines freundlich und geräumigen Raumes notwendig. Auch die Einrichtung guter Kantinen und die Bereitstellung von Speisen und Getränken, die den besonderen Bedürfnissen der schwangere Arbeiterinnen entsprechen, kann zur Erleichterung der Lage wesentlich beitragen; schließlich dürfte es in allen Betrieben, die weibliche Arbeitnehmer beschäftigen, die Bereitstellung von Medikamenten empfehlen, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft erforderlich sind.

Die Haltung der schlesischen Abgeordneten bei der Befestigung des Aufwertungs-betrags.

An der Schlussabstimmung über das „Aufwertungs“-Gesetz nahmen sämtliche mittel- und ober-schlesischen Abgeordneten teil.

Wegen die unzureichende Zustufvorlage und für die Verbesserungsanträge Reil stimmten nur die Sozialdemokraten Anjorge, Feldmann, Löbe, Sappel, Stellung, Wendemuth und der kommunist Jadaich. Wegen eine gerechtere Aufwertung traten geschlossen ein die Deutschnationalen Freilich von Freitag-Lorringhoven, Hüfner, Rejeme-Zung, Freilich von Krichthofen, Wolf, der Volksparteiler von Krichthofen, die Zentrumsabgeordneten Bräuning, Perikthus, Schulte, Bed, Schepard und Wiffa.

Der Antrag Dr. Best auf Auslegung der Bedeutung des Gesetzes, um Zeit zum Volkenscheid zu gewinnen, fand ebenfalls unter den schlesischen Abgeordneten nur durch alle Sozialdemokraten und Jadaich Unterstützung, während sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien dagegen stimmten, um gleich darauf ihre Stimme für die Dringlichkeitserklärung des so schwer entwürdigenden Gesetzes herzugeben.

Werk es euch, ihr Wähler, für den nächsten Wahlgang!

Aus dem Reich.

Rundgebung gegen die Zollvorlage. Der Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei, erlassen im „Darmstädter“ einen Aufruf an die werktätige Bevölkerung, indem sie gegen die Lebensmittelzölle und zu einer Protestkundgebung gegen die Zollvorlage am Freitag, den 24. Juli, abends, im Lustgarten, auffordert.

Die Inanspruchnahme der Sonntagsruhe. Aus den Kreisen der Angestellten in offenen Verkaufsstellen sind Klagen darüber laut geworden, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wie auch über den Ladenschluß an den Wochentagen vielfach nicht eingehalten wurden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, ersucht der Preussische Handelsminister daher die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten Berlin, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Polizeibehörden anzuweisen, auf die Durchführung der genannten Bestimmungen ihr besonderes Augenmerk zu richten und bei Feststellung von Zuwiderhandlungen gegen die betreffenden Unternehmer strafrechtlich vorzugehen.

Genosse Gustav Fischer, der Landrat des Kreises Usnar, ist gestorben, der als Abgeordneter für einen hannoverschen Wahlkreis dem alten Reichstag seit 1912, dann der Nationalversammlung und wieder dem Reichstag bis 1924 angehört hatte. Genosse Fischer stand im 59. Lebensjahr. Als er zum erstenmal in den Reichstag gewählt wurde, war er noch in seinem ersten Beruf als Buchdrucker tätig. Als erster sozialdemokratischer Landrat in Preußen im Dezember 1919 bestätigt, wurde er ein Jahr später auf seinen Wunsch nach Usnar versetzt.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 20. Juli.

1 Pfund Sterling	20,442	100 fr. Francs	19,885
1 Dollar	4,205	100 sch. Kronen	12,47
100 holl. Gulden	188,93	100 Schweizer Francs	81,66
100 belg. Francs	19,455	100 Belg. Kronen	60,86
100 norw. Kronen	76,20	100 schwed. Kronen	115,14
100 Dargyl. Gulden	81,05	100 000 ung. Kronen	5,915
100 Litre	15,53	100 öst. Schilling	59,202
100 dän. Kronen	89,80		

Olaja für Männer.

Neue Kraft durch das neue Sexual-Stärkungsmittel „Olaja“ nach Geheimrat Dr. med. Sahujen. Hervorragend begünstigt bei vorzeitigen Alterserscheinungen (Nervenschwäche, Erschöpfung, Verdauungsstörungen). Kein Narkotikum. Nachhaltige Wirkung. Original-Verpackung (100 Portionen) 7,50 Mk. in allen Apotheken. Auf Wunsch direkter Versand durch unsere Versand-Apothek. Hochinteressante Broschüre kostenlos gegen 20 Pf. Marke in verschloß. Doppelbrief nur durch die Allein-Verteiler: Olaja G. m. b. H., Fabrik Chem. pharm. Präparate, Hamburg I/381, Stadtbld. 35.

Führer des Autos erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen durch Gasplittler. Nach Ablegung von Notverbänden, wurden die beiden Verletzten ins Krankenhaus gebracht.

Eine „Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ wird, wie Dr. Alice Salomon im „Berliner Tageblatt“ mittelt, im Herbst in Berlin besondere Lehrkurse für Frauen eröffnen. Diese Akademie will und kann, so heißt es, den Frauen die Universität nicht ersetzen. Wohl aber sollen bestimmte Aufgaben, die den Frauen besonders naheliegen, in einem bestimmten Geist und in einer besonderen Form der Behandlung gepflegt werden. Hygiene, Pädagogik, Psychologie, die Sozialwissenschaften sollen so betrieben werden, daß sie im Hinblick auf die praktische Arbeit, aber mit wissenschaftlichen Methoden, durchgearbeitet werden. Die Akademie wendet sich nicht an die Masse der Frauen. Sie will besonders Begabte, die über die mittleren Leistungen hinausstreben, weiterbilden, ihnen zu äußerem Aufstieg, wie zu einem tieferen Eingehen in die geistigen Grundlagen ihres Berufes helfen.

Das Sand der Blüthen.

Man hat Deutschland das „Land der Blüthen“ genannt, und das mit Recht, denn die Zahl der großen deutschen Blüthenpflanzen beläuft sich nach dem jetzt neu erschienenen „Jahrbuch der deutschen Blüthenpflanzen“ auf 223 Arten mit über 10 Millionen Blüten. In der ersten Hälfte des Jahres sind über 100 000 Blüten auf 34 anderer Blüthenpflanzen verfallen. Über mehr als 200 000 und weniger als 10 über mehr als 600 000 Blüthen. In der Spitze haben die Gärtenblüthen zu Berlin und München, von denen die Berliner fast 2 Millionen Blüthen, die Münchner 1 1/2 Millionen umfassen.

Explosion eines polnischen Torpedoboots in Danzig.

Das frühere deutsche Torpedoboot V 103 und seine Besatzung wurden am 17. d. M. in Danzig durch einen Brand zerstört. Die Besatzung wurde getötet, die Besatzung wurde getötet, die Besatzung wurde getötet.

Das Pariser Syndikat der Buchverleger beschloß, den Preis des normal brotierten Romanbandes, der bisher 7,50 Franken betrug, auf 6 Franken herabzusetzen. Ein Band dieser Art kostete bekanntlich vor dem Kriege 3,50 Franken (bei gleicher Valuta). Diese Bücher kosten also heute nur etwa halben Friedenspreis.

Ameisenplagen über Neapel.

Wie aus Neapel gemeldet wird, ist die Stadt von einem ungeheuren Schwarm fliegender Ameisen überfallen und wie von schwarzen Bollen zugebedt worden. Die Leute flohen von den Straßen, und alle Läden und Fenster mußten geschlossen werden, da die Ameisen überall eindringen und den Aufenthalt in offenen Räumen zur Unmöglichkeit machen. Es wird vermutet, daß die Ameisenplage von der afrikanischen Küste herübergekommen sind.

Niederung des Kalmschneefalles.

Das Volksgesundheits-Kommissariat des Sowjetbundes hat eine medizinische Expedition in die von den Kalmschneefällen betroffenen Gegenden geschickt, um sie mit den Ursachen des auffallenden Geburtenrückganges und der verschiedenen Anzeichen der Degeneration in diesem Volkstamm bekannt zu machen und sie, wenn möglich, zu bekämpfen.

Wundzüge der Welt-Epidemien.

Die wichtigsten Epidemien, die sich immer die Welt heimgesucht haben, haben in der letzten Zeit eine erhebliche Entwicklung erfahren. Wie in der „Rheinischen Post“ auf Grund der neuesten Berichte des Völkerbundes mitgeteilt wird, waren die Zahlen für Cholera, Pest und Typhus in den ersten Monaten von 1925 sehr niedrig. So betrug die Cholerafälle an 31 in Indien vom 1. Februar bis 18. April 36 000, immerhin weniger als die Hälfte gegenüber dem gleichen Zeitraum 1924, und die Cholera war in Indien gegenüber dem Vorjahr um 1/3 zurückgegangen. In Europa war die Cholera im Jahr 1925 nur in England vor, und zwar in geringerer Zahl als in den vorhergehenden Jahren. In Europa war die Cholera im Jahr 1925 nur in England vor, und zwar in geringerer Zahl als in den vorhergehenden Jahren.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftsbau, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5852.



Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Bezirksversammlung mit Tagesordnung statt. Alles muß zur Stelle sein.
Mittwoch, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Lokal, Lehmgartenstraße 54, wichtige Besprechung aller Orts- und Helfer für das Kinderfest am 2. August.
Mittwoch, den 22. Juli, abends 7 Uhr, wichtige Bezirksversammlung, sowie des Volkstheaters, bei Hies, Neustadt 99.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Juli.

Obdachlos!

Alles, was keine Fahrkarte hat, wird aufgefordert, den Ofen sofort zu verlassen!
Acht und drohend schallt die Stimme des Bahnportiers aus dem Parteisaal 4. Klasse des Hauptbahnhofes. Neben ihm steht hochgewachsene Gestalt eines Kriminalbeamten und ein „Grüner“. Langsam erheben sich an einzelnen Stellen einzelne Gestalten und torfeln dem Ausgang zu. Die Begehren von Tisch zu Tisch, rücken nach Schließende nach und nach die nach den Fahrkarten. Wer eine hat, kann dableiben, deren müssen hinaus!
draußen regnet's, was es vom Himmel herunter kann. Ausgewiesenen halten sich noch eine Weile unter dem schirmgebenden Dach des Portals auf. Was tun in dieser Nacht? Kein Geld, keine Weisheit. „Da müssen wir halt doch auf die Schultern gehen, sagt schließlich einer. Und da ihnen wirklich nichts übrig bleibt, ziehen sie los — — —
Lampe brennt die Gasflamme im Hausflur des Alpts. grau, verzweifelt ist die Stimmung des Eintretenden. Im Empfangen ihn zwei Beamte. Einer in Zivil und einer in Uniform.
Wo kommen Sie denn jetzt noch her?“
Die Personalisten werden auf einen großen roten Schein und Karte eingetragene und einer der Beamten führt den Obdachlosen in die Schlafräume. Der Beamte öffnet eine Tür, Obdachlose tritt ein in den Raum und prallt zurück vor der besten pestilenzartigen Gestalt, der ihm entgegenläuft! Beamte macht die Tür zu. Er hat seine Pflicht getan.
Der Raum ist stockduster. Der Ankömmling zündet ein Zigarillo an, und erblickt bei dem trüben Augenblicklicht ein häßliches Bild. Auf rohen Holzprühlchen, an den Wänden hängen, unter ihnen, im Gang auf dem Fußboden, liegen alte und schnarrende Bündel schmutziger und zerfetzter Kleider und Schuhe. Beim Versuch des Weiterstehens läßt ihn der Geruch: „Paß doch uff, du lässich' Perge!“ erkennen, daß diese Menschen sind. Menschen, die in einer Schlammflut mühsam ihr bißchen Leben kämpfen. —
Vorsichtig, um keinen der unglückseligen Schläfer mehr zu wecken, windet er sich Fuß für Fuß durch das Chaos und findet sich auf einer Brüstung eine kleine Oase, auf der er sich niederlegen kann. Schlafen ist unmöglich und mit heller Freude begrüßt er den Strahlen des Tageslichtes, die sich in dieser Höhle der Dunkelheit stehlen. Doch lange muß er noch warten, bis es hell und heller wird. Die Bündel befehlen sich inzwischen, und alte verwitterte Gestalten richten sich auf. Aus unheimlichen Taschen wird ein verrottenes Stummel herausgeholt, in die alte Pfeife gestopft und geraucht. Schmutzige, alte Fäden werden um schmutzige Füße gewickelt und zerfetzene mit Bindfäden darum gebunden. Dazu erheben sich, gelächelt und geschluchzt! Bis endlich die Tür aufschließt und der Aufseher in ihr steht: „Aufstehen!“
Eilt alles in den Hof. Im Hinterhaus ist der Waschkraum. Schwere, ältliche Finger fahren über Gesicht und Haar. Abwascher stehen da mit Handlühnern. Handlühner, die immer von einer Hand in die andere gehen und so feucht, so schmutzig und grau sind wie das ganze Haus. Im Hof hören alle, die das erpöckel hier übernachtet haben, „nur“ siebenmal diese göstliche Schritte aufsuchen dürfen, falls sie der Polizei zur Verstrafung übergeben werden. muß jeder unter genau vorgezeichneten Formalitäten das Bettreten und dort das eben Geförte durch seine Unterschrift bestätigen.
Man ist der Weg wieder frei. Sie stehen wieder auf der Erde. Der Regen stürzt vom Himmel herunter. In den Taschen flüchtig Geld, höchstens ein hartes Stück Brot. Langsam wandeln in Kaschemmen und dunklen Winkeln, was der Spiegel nur mit Grinsen und Winken sieht und was doch weiter ist als das Ergebnis einer Weltordnung, die er nicht mit Händen und Füßen als eine „göttliche“ verteidigt!
A. Esq.

Steht bereit zur Demonstration gegen den Preiwucher!

gebiet 1 287 000 Fernsprechanhänge und 910 000 Nebenstellen bestanden, sind heute 1 404 000 Hauptanschlüsse und 935 000 Nebenanschlüsse vorhanden. Zurzeit sind 67 automatische Fernämter über 1000 und 236 unter 1000 Anschlüsse im Bau bzw. bestellt.
Der Leistungsfähigkeit dieser Entwicklung ist in erster Linie die ältere Schmelze der Telephonie: die Telegraphie. 1913 wurden 43 000 000 Telegramme befördert, 1923 52 000 000, 1924 aber 37 000 000. Mit der Inflation ist auch die Zahl der Telegramme bedeutend zurückgegangen. Heute kann dieser Verkehr spielend bewältigt werden und es wäre zu wünschen, daß er wieder stärker würde, damit die kostspieligen Anlagen besser ausgenutzt werden könnten. Zu diesem Zwecke ist unter anderem das Brieftelegraphen in bedeutend erweiterter und vereinfachter Form wieder eingeführt worden; die telephonische Aufgabe der Telegramme wird jetzt geführt, ebenso das Zuspätsprechen. Nur macht das Publikum davon noch leider wenig Gebrauch.
Auch die Briefpost verspürt etwas von der Benachteiligung des fernmündlichen Verkehrs, wenn es auch nicht so stark in die Erscheinung tritt. Jahrmäßig läßt sich der Einfluß nicht genau nachweisen, jedoch bleibt der Briefverkehr gegenwärtig noch hinter dem Verkehr von 1913 zurück. Während aber bei der Telegraphie wahrscheinlich auf einen Ausbau der Einrichtungen, von Sonderfällen abgesehen, im großen ganzen verzichtet werden kann, steht die Reichspost als als ihre Pflicht an, den Briefverkehr noch mehr zu verbessern. Sie ist dabei allerdings erheblich von der Eisenbahn abhängig; erst wenn diese wieder zu ihrem früheren Fahrplan zurückkehrt, kann die Post die früheren Zustellzeiten innehalten.

geweiht. In der linken unteren Wertangabe befindet sich zu weilen im oberen Teile des negativen Zierstücks ein heller kontrastierender Strich.
Vor Annahme dieser Falschstücke wird gewarnt und gebeten, auf das Auftauchen dieser Falschnoten zu achten und gegebenenfalls die Herausgeber dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben.

Vom Breslauer Stadthausleiter.

Den früheren Stadthausleiter hatte die Reichsregierung von der Stadt gepachtet, um darin volkstümliche Weinstuben zu errichten. Der Stadtausschuß hatte der Gesellschaft im Beschlußverfahren auch die Genehmigung erteilt. Das Polizeipräsidium widersprach aber und verlangte mündliche Verhandlung, die mehrere vor einigen Tagen stattfand. In derselben führte der Vertreter des Polizeipräsidiums aus, daß es in Breslau Weinstuben zur Genüge gebe, jedoch die Bedürfnisfrage zu verneinen sei. Der Stadtausschuß war aber anderer Ansicht, er bejahte die Bedürfnisfrage und erteilte die verlangte Konzession.

Breslauer Galgenstätten.

Wenn heute ein zum Tode Verurteilter hingerichtet wird, so geschieht das meistens ganz still und unauffällig in einer bestimmten Ecke innerhalb der Mauern des Breslauer Untersuchungsgefängnisses. Ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung, nur in Gegenwart einer kleinen Schar besonders Geladener, vollzieht in frühesten Morgenstunden der Exekutivbeamte sein trauriges Gewerbe und erst nachdem die Hinrichtung vollzogen ist, gibt dann die Staatsanwaltschaft bekannt: „Heute morgen ist der und der... hingerichtet worden.“ Nicht immer vollzogen sind Hinrichtungen in Breslau so geräuschlos wie heute; man führte die Delinquenten keineswegs durch Nebengassen und auf dem kürzesten Wege zur Richtstätte, sondern gewährte dem schuldigen Wolfe den spektakulärsten Anblick eines feierlichen Aufzuges durch die Hauptstraßen. Wie ein Plan von 1652 angibt, stand in Breslau in alten Zeiten der Galgen (corvorum colonia) etwa da, wo heute die Schweidnitzer Straße in den Lauenhienplatz einmündet. Auch ein Haus am Ringe, zu welchem der Schwibbogen gehörte, hat einmal der „Alte Galgen“ geheißt. So in oder an diesem Hause (Ring 19) niemals Hinrichtungen stattgefunden haben, läßt sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Jedenfalls nennt die sogenannte zweite preußische Gerichtsliste die Goldene Beherse: Am Großen Ring, beim Alten Galgen und nach einer anderen Angabe (Roland), soll vor diesem Hause die Kassa statt gewesen sein, wo man unter freiem Himmel Gericht gehalten hat. Weiterhin muß hier auch die Dorothienstraße genannt werden, über die am 30. April 1824 folgendes verfügt wurde: „Die Dorothienstraße soll künftig das Alte Galgen genannt werden und den sogenannten Otthof mit in sich fassen, also vom Ring bis zur Dorothienkirche führen.“ Das Gäßchen war im Mittelalter noch namenlos. Die Bezeichnung „Alte Galgenstraße“ für den Abschnitt der Dorothienstraße vom Ringe bis zur Karlsstraße rührte daher, weil in alten Zeiten der Galgen oder das Hofgericht außer derselben gestanden.“ Daß im Mittelalter die für den Galgen bestimmten Delinquenten durch die Dorothienstraße geleitet wurden, ist höchstwahrscheinlich, da durch sie damals der nächste Weg zu dem am Schweidnitzer Ringer gestandenen Hofgericht oder Kapitulat geführt hat.
Da, wo jetzt das Hotel Ronopol steht, an der Ecke Schweidnitzer Straße und Wallstraße, stand einmals ein Weiberruchthaus. Ursprünglich war dieses Justizhaus ein Minoritenkloster, das nach der Säkularisation vom Staat eingezogen und als Gefängnis verwendet wurde. Im Jahre 1580 wurde das Justizhaus kassiert. Bankier von Wallenberg-Bach und die Architekten Brost und Großler ließen an seiner Stelle den heutigen Hotelbau erstellen. Auch das alte Pfarrhaus von St. Dorothea mußte seinerzeit dem Hotelbau weichen. Das neue Pfarrhaus wurde an die Ecke der verlängerten Dorothienstraße gesetzt. Es ist schon gesagt worden, daß das alte Weiberruchthaus an der Schweidnitzerstraße ehemals ein Minoritenkloster war. Bei dieser Gelegenheit sei noch kurz etwas über die damaligen Breslauer Klosterverhältnisse, soweit sie mit diesem Minoritenkloster im Zusammenhang stehen, ausgeführt. Als der Rat 1529 das große Vinzenzkloster am Lehmstamm aus militärischen Gründen eingenommen hatte, nahm er 1530 die Vinzenzinermönche in das Jakobskloster (jetztem Vinzenzkloster bis zur Aufhebung, jetzt Oberlandesgericht) und verlegte die Minoriten von St. Jakob in das Dorothienkloster, während die letzten Augustinermönche in das gegenüber liegende Hospital zu St. Hieronymus eingezogen. So gelangt die Dorothienkirche später zur Bezeichnung als Minoritenkirche. Von 1534 bis 1612 waren Kloster und Kirche vom Magistrat eingegeben und zu profanen Zwecken gebraucht, mußten aber 1612 dem Orden wieder ausgeliefert werden.

Opfer der Autorajerei.

Gestern nachmittags, gegen 4 Uhr, kam ein Fleischwagen die Berliner Straße entlang gerast und überfuhr vor dem Grundstück Nr. 76 die in demselben Hause wohnende 4-jährige Ruth Tische, das einzige Kind ihrer Eltern. Das Auto fuhr dem Kinde über den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Von großer Reue des Chauffeurs zeugte es, daß er im schnellsten Tempo weitertraf, ohne sich um sein Opfer im geringsten zu kümmern. Die Eltern sind ganz verzweifelt über das Unglück. Möchten doch alle Eltern in dieser Gegend, welche durch den sich stetig heizenden Verkehr für Patienten immer gefährlicher wird, ihre Kinder zu größter Achtsamkeit bei Ueberstrecken des Fahrdammes anhalten.

Der Vater als Kuppler.

Vor dem Kleinen Schöffengericht stand der bisher unbestrafte Tischler Hugo Bumhke, um sich wegen Kuppelei, begangen gegen die eigene Tochter, zu verantworten. Die unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat.

Freiwerkwirtschaftliches Jugendballet!

Mittwoch ist im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses die Sprechvorführung. Alle Mitglieder der Jugendabteilungen müssen erscheinen.
Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Schattenspiele im Gewerkschaftshaus. Nachher Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen, da noch wichtige Dinge für das Jugendballet zu erledigen sind. Bei Mittwoch beteiligt sich alles am Sprechchor.
Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag sind wir auf der Lindenwiese. Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 24. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 25. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 26. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 28. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 29. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 30. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 1. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 2. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 3. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 4. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 6. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 7. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 8. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 9. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 10. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 11. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 12. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 13. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 14. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 15. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 16. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 17. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 18. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 19. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 20. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 21. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 22. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 23. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 24. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 25. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 26. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 27. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 28. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 29. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 30. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 31. August, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 1. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 2. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 3. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 4. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 5. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 6. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 7. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 8. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 9. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 11. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 12. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 13. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 14. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 15. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 16. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 17. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 18. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 19. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 20. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 22. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 25. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 26. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 27. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 28. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 29. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 30. September, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 5. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 1. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 2. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 3. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 4. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 6. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 7. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 8. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 9. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 10. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 11. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 12. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 13. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 14. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 15. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 16. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 17. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 18. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 19. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 20. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 21. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 22. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 23. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 24. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 25. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 26. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 27. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 28. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 29. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 22. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 23. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 24. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Samstag, den 25. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Sonntag, den 26. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Montag, den 27. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Dienstag, den 28. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Mittwoch, den 29. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Donnerstag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor. Freitag, den 31. Dezember, abends 7 Uhr: Probe der Sprechchor.

Donnerstag abend findet im Zentral-Saal die Mitgliederversammlung der Partei statt.

Tagungsordnung:
1. Der Parteitag in Heidelberg.
2. Organisationsfragen.
Alles muß erscheinen!

Schonet die Felder!
Die harte Wanderlust, die unsere Jugend in Feld und Wald führt, kann man von gesundheitslichen Gesichtspunkten aus nur gutheißen. Dringend zu wünschen bleibt dabei aber auch, daß die behauenen Furchen, Acker und Wiesen, auch die Wälder, die notwendige Schonung erfahren. Nur so ist wird mitten in ein Getreidefeld hineingekämpft, einziger Blumen wegen, die sich auch mit etwas Gehuld am Rande des Feldes halten finden lassen. Neben der Bitte an die Eltern wanderfreier Jugend, sei besonders auch den Vereinen und Organisationen, die das gemeinsame Wandern pflegen, die Aufgabe aufgestellt, belehrend und erziehend zu wirken. Je mehr das Verständnis der Jugend auch für die volkswirtschaftlichen Werte in der Natur gewekt wird, desto mehr wird die Jugend die Natur zu schätzen wissen und auch die an ihr geleistete Arbeit.
Mehr als je verlangen unsere Fluren sorgfältigste Schonung. Der Acker ist der lebenspendende Born für uns alle. Unsere Ernährungsbedürfnisse sind knapp und kurz. Kein fruchtbringendes Feldmähen darf nutzlos vernichtet werden. Wie viele Menschen könnten nicht mit all dem ernährt werden, was von rücksichtslosen Wanderern und Spaziergängern oft mutwillig zertritten und zerstört wird! Wie viele armen Leute könnten nicht damit gespeist werden! Warum läßt man es geschehen, daß durch Mutwillen unsere knappe Ernährungsmöglichkeit weiter verkürzt wird! Warum erschwert man dem Landmann durch rücksichtslose Feldverwüstung die Betriebsführung, erhöht die Produktionskosten und trägt damit selbst zur Verteuerung der Lebenshaltung bei!
Helft alle mit, den Kampf für die Erhaltung unserer Fluren und Früchte zu führen! Schützt die Schönheiten unserer Natur! Wehrt euch gegen jede mutwillige Verwüstung! Unser aller Interesse verlangt es. Schützt und schont die Felder!

Gimpelzug der Reiterpartei.
Uns wird geschrieben:
Durch beiliegende Karte sah ich mich veranlaßt, am Donnerstag, den 17. d. Mts. dieser Einladung Folge zu leisten. Ein Herr Jeschornek aus Gleiwitz OS. benutzte diese vielversprechende Einladung zur Gründungspropaganda zu einem „Volkshund für deutsche Kultur“. Der Volkshund für „deutsche Kultur“ soll nach seinen Angaben besser ausgebaut werden als z. B. Humboldt-Berlin, Volkshunde usw. Nicht nur gegen den Schund in Wort, Bild und Schrift soll der Hund ankämpfen, sondern auch gegen den nicht germanischen Subtilität und die ausländischen Längen. Die langweiligen Ausführungen verließen den eventuellen Gründern, die Herr Jeschornek zu seinem Volkshund für deutsche Kultur noch benötigt, größte finanzielle Vorteile. Er verstand es geschickt, den Egoismus der Versammlungsteilnehmer zu steigern. Nach vielen Hin- und Rückfragen, wobei man sich wie in einem Klopffeld versammelte, nahm ein Parteigenosse den Herrn aus Gleiwitz unter die Lupe. Dem Herrn aus Gleiwitz wurde deutlich beigebracht, daß hier in Breslau wenig Verständnis für seine „teuflische“ Kultur vorhanden ist. Der größte Teil der Versammlung wurde überzeugt, daß die Kulturarbeit nicht aus der Kante des Herrn Jeschornek betrieben werden kann, und ließ Herrn Jeschornek sitzen.

Falsche englische Banknoten.
In letzter Zeit tauchen in verschiedenen Orten Deutschlands, namentlich in Berlin, Hamburg, Stuttgart, Köln, München, Tübingen und Gießen falsche englische 5 Pfund-Noten der Fällungskategorie 10 auf. Die Fällungskategorie, die seit ungefähr Jahresfrist in allen größeren Städten Europas und sogar in Nordafrika auftauchen, sind aller Wahrscheinlichkeit nach in Triest hergestellt worden, wo kürzlich eine Fälschmüllereiwerkstatt ausgehoben worden ist. Die Noten tragen das Datum vom 12. Februar 1922. Das Wasserzeichen, das auf der rechten Seite bei Durchsicht gut zu erkennen ist, ist bei den falschen Noten, gegen das Licht gehalten, kaum oder nur schwach sichtbar, da es nur durch eingepreßte Linien nachgemacht ist, die jedoch auf der Rückseite erkennbar sind. Die Beschriftung ist ebenfalls wiedergegeben, in der linken oberen Ecke mit der falschen Signatur und die Aufschrift der Notenummer auf beiden Seiten der Krone unvollständig, wie abgegriffen, auf-

Von der Reichspost.

Nahme des Fernverkehrs auf Kosten der Telegraphie.
Der Verkehr der Post hat sich in der letzten Zeit im allgemeinen gehoben. Die wachsende Reue des Publikums vermindert den Verkehr zeigt sich darin, daß sowohl der inner- als auch der Fernverkehr, hart zunimmt. Die Verwaltung danach, die Einrichtungen immer mehr zu vervollkommen auszubauen, da sie glaubt, daß die Entwicklung dahin gehen muß, in jedem deutschen Hause, wenn nicht in jeder Wohnung, ein Fernsprecher zum selbstverständlichen Zubehör gehört. Das Fernsprechnetz ist in jedem Ausbaustadium, bei dem die Leitungen über Land nicht mehr an hängen, sondern, vor allen Umständen geschützt, in der Nähe. Die technischen Fortschritte, die es gestatten, ein paar gleichzeitige mehrfache zu benutzen, erhöhen die Auslastung dieser Anlagen. Die Reichspost wird dadurch in ihrer natürlichen Lage im Herzen Europas auch großen Teil des internationalen Verkehrs auf sich zu ziehen bekommen. Hand in Hand damit geht die Einigung der automatischen Vermittlung, die den Fernverkehr und dem Postamt den Vorteil höherer Bequemlichkeit bringt. Während im Jahre 1923 im Reichspost-

